

414/AE XX.GP

**Entschließungsantrag**

er Abgeordneten Hans Peter Haselsteiner, Klara Motter und PartnerInnen  
betreffend Erhöhung der Transparenz der Entwicklung des Bundeshaushalt  
Das Chaos im Hinblick auf die parlamentarische Behandlung des Budgets in den  
letzten Jahren war nur zum Teil auf umfangreiche Gesetzesänderungen im  
Zusammenhang mit dem Konsolidierungskurs zurückzuführen. Durch eine Änderung  
des Bundesministeriengesetzes anlässlich des Strukturanpassungsgesetzes 1996  
sowie eine weitere Novelle des Bundesministeriengesetzes anlässlich der letzten  
Regierungsumbildung ist für die nächste Budgeterstellung zu befürchten, daß eine  
vergleichbarkeit durch diese Änderungen der einzelnen Kapitel und Ansätze im  
Bundesvoranschlag nicht mehr gegeben ist.

So wurde beispielsweise das Bundesministerium für Gesundheit und  
Konsumentenschutz auf das Bundesministerium für Frauenangelegenheiten  
(Konsumentenschutz und Angelegenheiten des Veterinärwesens) und auf das  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Gesundheit) aufgeteilt, das  
Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie wurde 1995 getrennt, 1997  
wieder zusammengeführt, und das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und  
Verkehr wurde zuerst zum Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst  
(Strukturanpassungsgesetz 1996) und nun zum Bundesministerium für Wissenschaft  
und Verkehr (Novelle zum Bundesministeriengesetz 1997). Das Staatssekretariat im  
Bundesministerium für Finanzen bekam vom Bundeskanzleramt die Agenden des  
Staatssekretariats im Bundeskanzleramt hinsichtlich der Beamten.

Alle diese Änderungen in der Kompetenzverteilung der einzelnen Ministerien haben  
direkte Auswirkungen auf die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben im  
Bundesvoranschlag. Es ist z.B. nicht mehr nachvollziehbar, wie die  
Personalausgaben des ehemaligen Bundesministeriums für Gesundheit und  
Konsumentenschutz auf die beiden anderen Ressorts aufgeteilt wurden.

Die Transparenz der Entwicklung des Staatshaushaltes ist angesichts des derzeitigen Budgetkonsolidierungskurses der Bundesregierung gerade im Hinblick auf die Nachvollziehbarkeit des Erfolges der einzelnen Maßnahmen für den Nationalrat von grundlegender Bedeutung, um so der Kontrollfunktion des Parlaments gerecht zu werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag

"Die Bundesregierung insbesondere der- Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, anlässlich der Erstellung des nächsten Budgets erstmalig Vorsorge zu treffen, daß die Transparenz der Entwicklung des Bundeshaushalts erhöht und die Vergleichbarkeit der einzelnen Kapitel und Ansätze ermöglicht wird. Dabei sind die Budgets der letzten Jahre - mindestens jedoch des letzten Jahres - in der aktuell gültigen Budgetstruktur darzustellen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Budgetausschuß vorgeschlagen.